

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3.60 M., monatlich 1.20 M., durch die Post vierteljährlich 3.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile ober deren Raum 30 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 35 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 236

Bad Schandau, Freitag, den 21. November 1919

63. Jahrgang

Der amtliche Teil befindet sich auf Seite 4.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Zum deutschen Gesandten in Stockholm wurde der bisherige Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichspräsidenten Radolow ernannt.
- \* Der parlamentarische Untersuchungsausschuss wird voraussichtlich Ende November wieder zusammenzutreten.
- \* Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat Berlin am Donnerstag wieder verlassen.
- \* In dem Strafprozess Erzberger gegen die Deutsche Zeitung hat das Gericht Verurteilung zwecks weiterer Beweishebung beschlossen.
- \* Der frühere preussische Kriegsminister Oberst Reinhardt ist zum Generalmajor befördert worden.
- \* Wie in Berlin verlautet, wird Major v. Rühow, der mit seiner Truppe an den Hindenburg-Demonstrationen teilgenommen hat, vom Reichswehrminister seines Postens entbunden werden.
- \* Zum Ministerpräsidenten in Ungarn wurde der bisherige Kultusminister Huszar bestimmt.

## Ein letztes Wort.

Neben dem Lärm, der durch die Arbeiten des Untersuchungsausschusses, durch die Kundgebungen für und gegen Hindenburg verursacht wird, haben wir noch andere Sorgen. Man täte gut daran, sich mit ihnen anzulegen. Hier zu befassen, als es der Fall ist, denn sie betreffen nicht Fragen der Vergangenheit, über die eine Einigung unter dem heutigen Geschlecht doch nicht zu erzielen ist, sondern unser nacktes Leben steht auf dem Spiel — und darum sollten wir uns zweckmäßigerweise wohl lieber befummern, ehe es zu spät ist, ehe uns nur noch Schuldforderungen auf diesem Gebiet aufzuwerfen bleiben. Aufgabe einer fruchtbareren, einer staats- und volkerhaltenden Politik muß es sein, es gar nicht erst bis zur Erhebung von Schuldfragen kommen zu lassen, sondern herannahendes Unheil rechtzeitig zu erkennen und zu verhüten; dann braucht man sich hinterdrein nicht darüber zu entzweien, wer es verschuldet habe. Das Kind soll eben nicht in den Brunnen fallen.

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft hat in eingehenden Verhandlungen mit sämtlichen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands, darunter auch solchen, die keineswegs im Geruche agrarischer Interessenspolitik stehen, die Lage unserer Ernährungswirtschaft beraten und ist zu der Überzeugung gekommen, daß sofortige Maßnahmen notwendig sind, wenn der drohende völlige Zusammenbruch noch aufgehalten werden soll. Der ungeheure Ernst der Lage hat den Reichsausschuss veranlaßt, sich mit einer sorgfältig ausgearbeiteten Kundgebung an alle in Betracht kommenden Stellen zu wenden und ihnen ein Wirtschaftsprogramm zu unterbreiten, von dessen Einführung er die Weiterexistenz der deutschen Landwirtschaft und damit die Ernährung des deutschen Volkes abhängig macht. Grundlegend ist der Ausgangspunkt der ganzen Eingabe: Bisher legte man den errechneten Bedarf der Gesamtbevölkerung den Anforderungen an die Landwirtschaft zugrunde, ohne dabei deren Erhaltung zu berücksichtigen. So kam es, daß die Produktionskraft der landwirtschaftlichen Arbeit, statt planmäßig gesteigert zu werden, immer mehr zurückging, mit dem Erfolg, daß jetzt nicht einmal mehr soviel geliefert werden kann, wie noch in den schwersten Kriegsjahren für die Volksernährung hergegeben wurde. Nur ein schleuniger Wiederaufbau, insbesondere der völlig zugrunde gerichteten Viehwirtschaft, kann eine einigermaßen ausreichende Sicherstellung der Ernährung in den nächsten Jahren herbeiführen.

Geordert wird deshalb an erster Stelle, daß statt der bisherigen Art der Bedarfsermittlung in Zukunft auszugehen ist von der auf Grund sachverständiger Prüfung festzustellenden Leistungsfähigkeit der Betriebe. Der Fehlbetrag ist aus dem Auslande zu beziehen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Brotversorgung während des ganzen Winters schon jetzt als gefährdet gelten muß, daß auch für ausreichende Kartoffelbelieferung keine Wahrscheinlichkeit mehr besteht, und daß die Fleischversorgung bereits vollständig zusammengebrochen ist. Die Unterlieferung von Vieh gemäß der Umlage durch die Reichsfleischstelle verlagert allerorten ganz und gar, während Fleisch ohne Warten überall zu haben ist. Helfen kann, nach der einstimmigen Überzeugung der hinter dieser Eingabe stehenden landwirtschaftlichen Körperschaften, nur die Ersetzung der bisherigen Zwangswirtschaft durch die Lieferung auf Grund tatsächlicher Leistungsfähigkeit. Unter Einhaltung dieses Grundprinzips hätte die öffentliche Bewirtschaftung sich fortan nur noch auf die Brotversorgung und allenfalls auf die Sicherung von Milch und Vorkereizergewinnen zu beschränken. Die Fleischbewirtschaftung dagegen, die ohnehin nur noch auf dem Papier steht, muß sofort aufhören, da die Landwirte durch die völlig sinnlos ge-

wordenen Strafverordnungen in der zweckmäßigen Bewirtschaftung ihrer Viehbestände gehindert werden. Das gleiche gilt für die Futterbewirtschaftung, die uns nur einen ungeheuren Rückgang der Anbauflächen gebracht und Deutschland aus einem der ersten Ausfuhrgebiete zu einem Zufuhrland für Futter gemacht hat. Auch hier muß sofort gehandelt werden, weil jetzt die Felder für den nächstjährigen Anbau vorzubereiten sind. Ferner muß der Landwirtschaft ein größerer Teil des Brotgetreides als bisher zur besseren Ernährung der von ihr beschäftigten Arbeitskräfte und zur Erhaltung ihrer Betriebe überlassen werden, nicht im Eigeninteresse der Beteiligten, sondern zur Steigerung der Produktion, ein Gesichtspunkt, der unter der Einwirkung der Verbraucherwünsche bisher nur allzu sehr vernachlässigt worden ist. Ebenso ist bei der Einordnung der Kartoffeln zu verfahren, während für Getreide völlige Freigabe gefordert wird. Bei Berücksichtigung dieses Programms der Sachverständigen wird der Reichsregierung die volle Unterstützung der Landwirtschaft zugesichert. Im andern Falle wird jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und jede Mitwirkung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen abgelehnt.

Kein Zweifel, daß ist das letzte Wort der deutschen Landwirtschaft. Möge es ohne Parteipartisanen würdig werden, wie es ohne Unterschied der Parteien gesprochen worden ist.

## Der Untersuchungsausschuss.

Eine Kritik der süddeutschen Demokraten.  
Zur Frage des Untersuchungsausschusses teilt die Süddeutsche demokratische Korrespondenz, das offiziöse Organ der demokratischen Partei in Bayern, folgendes mit: „In weitesten Kreisen der deutsch-demokratischen Partei hat der bisherige Verlauf der Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die ganze Art der Verhandlungsführung wachsendes Mißfallen, ja Empörung erregt. Die Überzeugung, daß auf diese Weise nimmermehr die volle Wahrheit zutage kommen kann, daß hierzu vor allem auch die Distanz der Akten der feindlichen und neutralen Regierungen notwendig sei, ist zur Gewissheit geworden, zumal gewisse Persönlichkeiten, die im Ausschuss mitwirken, ihre schuldhaften Verirrungen mit einseitigen Beeinflussungen überdecken und den Verhandlungsprozess zu verdunkeln trachten. Auch ist rechtlich und politisch bis heute das eigentliche Ziel der Untersuchung nicht fest und unabweisbar herausgestellt worden. In rechtlicher Hinsicht haben sich auch Unklarheiten ergeben. Das alles verrät, auf wie schwankenden Gründen das ganze bisherige Verfahren steht. Sollte der Untersuchungsausschuss nicht zu einer Erhellung des Feststellungs- und Rechtsverfahrens ausarten, so muß die Nationalversammlung schleunigst in persönlicher und sachlicher Hinsicht eingreifen. Sie muß vor allem neuerdings im Namen der nationalen Würde unseres Volkes als unabwiesbare Vorbedingung die gerechte und laute Forderung erheben, daß Deutschlands Kriegsgegner nun auch ihrerseits ihre sittliche Wahrheitspflicht erfüllen und ihr Aktenmaterial reichhaltig zur Aufdeckung der Wahrheit zur Veröffentlichung dienstbar machen und daß sie es einer vorurteilslosen und unparteiisch zusammengefügten internationalen Feststellungskommission zur Verfügung stellen. Führt der parlamentarische Untersuchungsausschuss aber in seinen Arbeiten ohne Erfüllung dieser Vorbedingungen fort, so muß ihm mindestens eine rein sachliche und nicht parlamentarische Sachverständigenkommission beigegeben werden, mit dem Rechte, auch ihrerseits unmittelbar an die Nationalversammlung zu berichten.“

## Wiederzusammentritt Ende November.

Der Gesamt-Untersuchungsausschuss hat eine Sitzung abgehalten, in der auf Vorschlag des Unterausschusses II beschlossen wurde, in den öffentlichen Sitzungen eine Pause von etwa zehn Tagen eintreten zu lassen. Nach Ablauf dieser Frist soll die Untersuchung der Wilson-Aktion fortgesetzt werden. Es wurde ferner festgestellt, daß die Aussagen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff, die die beiden Heerführer am Dienstag gemacht haben, die Wilson-Aktion so weit geklärt haben, daß eine weitere Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs in dieser Angelegenheit nicht mehr erforderlich sei. Die beiden Heerführer werden daher erst dann wieder vorgeladen werden, wenn andere Angelegenheiten ihre weiteren Aussagen erforderlich machen. Wenn nach Wiederaufnahme der Sitzungen die Erörterung der Wilson-Aktion zu Ende geführt ist, soll der mit ihrer Klärung beauftragte Unterausschuss sich vertagen und andere Unterausschüsse sollen dann ihre öffentlichen Sitzungen beenden.

## Der Erzberger-Prozess verlagert.

Ladung von Bethmann, Helfferich, Graf Roedern, Dr. Spahn, S. Berlin, 20. November.

Vor der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts wurde heute der Verteidigungsprozess Erzberger-Deutsche Zeitung verhandelt. Vielfach hatte man sentimentale Enttäuschungen von diesem auf politischen Gegenjahren basierenden Verfahren erwartet. Dazu kam es aber nicht.

Reichsfinanzminister Erzberger hat den Strafantrag wegen des in der Deutschen Zeitung veröffentlichten Artikels „Ein Eingeständnis“ gestellt. In diesem Artikel wurde gesagt, daß die leinzeit von Erzberger aufgestellte Behauptung, daß im Falle Manheim (der in Berlin getötete französische Sergeant) die von der französischen Regierung als Sühne geforderte eine Million Goldmark nicht aus Staatsmitteln, sondern aus Privatmitteln bezahlt worden sei, eine Lüge gewesen sei, und im Anschluß daran war gesagt worden, daß es bei Erzberger auf eine Lüge mehr oder weniger nicht ankomme.

Der Angeklagte, Dr. Ernst Völk, verantwortlicher Schriftleiter der Deutschen Zeitung, schränkte gleich zu Anfang der Verhandlung seine Beschuldigung gegen Erzberger insofern ein, als er zugab, es sei ihm bei dem Artikel ein Irrtum unterlaufen. Er habe geglaubt, die Erklärung über die Million sei von Erzberger in der Nationalversammlung gegeben worden. In Wirklichkeit soll sie Unterstaatssekretär Cuno vom Auswärtigen Amt in einer Pressekonferenz gemacht haben. Wie festgestellt wurde, hat Erzberger nicht damit zu tun und auch keine Kenntnis von der Regelung der Angelegenheit gehabt. Er war damals gar nicht in Berlin. In diesem Falle zieht also der Angeklagte seine Behauptung zurück, es habe ihm auch eine persönliche Verleumdung Erzbergers ferngelegen. Der Staatsanwalt beantragte 200 Mark Geldstrafe gegen ihn.

Das Gericht beschließt jedoch nach kurzer Beratung angesichts des allgemein gehaltenen Strafantrages, das auch der Sach nachgeprüft werden müsse, in dem der Artikel behauptet, daß es Minister Erzberger mit der Wahrheit nicht genau nehme. Die Verteidigung erklärt, den Wahrheitsbeweis antreten zu wollen, daß Erzberger mindestens in sechs Fällen die Unwahrheit gesagt habe. Darauf bezieht der Gerichtshof, die Sache zu vertagen und zu einem neuen Termin die jetzt geladenen Zeugen zu laden, ferner die in dem Schriftsatz der Verteidigung angegebenen Zeugen, nämlich: Reichsanwalt a. D. v. Bethmann Hollweg, Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich, Staatssekretär a. D. Graf Roedern, Staatssekretär a. D. Dr. Solf, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn, Dr. Warburg und Dr. Waldstein.

## Einigungsversuche in der Sozialdemokratie.

Nach keine Verhandlungen.

Die letzten Ministerreden in der Preussischen Landesversammlung und Auerungen Scheidemanns lassen darauf schließen, daß neuerliche Beitreibungen im Gange sind, die mehrfach gespaltene deutsche Sozialisten wieder zu einigen. Nach Meldungen von demokratischer Seite sollen sogar schon „inoffizielle Besprechungen“ stattgefunden haben. Demgegenüber erklärt indessen das Berliner Organ der Unabhängigen, die „Freiheit“, daß ihr „weder von inoffiziellen noch von offiziellen Verhandlungen etwas bekannt“ sei. Unter welchen Bedingungen die Unabhängigen zu einer Einigung mit den Mehrheitssozialisten bereit sind, das legte der Unabhängige Ludwig in der Preussischen Landesversammlung dar, indem er sagte: „Die unabhängige sozialdemokratische Partei hat schon auf ihrem März-Parteitag in ihrem Aktionsprogramm klar die Voraussetzungen für eine Einigung des Proletariats formuliert. Eine Einigung kann nur erfolgen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Das bedingt eine Aufgabe der Koalitionspolitik mit dem kapitalistischen Bürgertum und die Preisgabe der Moskauer Gewaltpolitik. Solange dazu keine Bereitwilligkeit bei der rechtssozialistischen Partei besteht, ist eine Einigung unmöglich und zwecklos. Soll sie nur dazu dienen, die Rechtssozialisten in der Regierung zu stützen, die sie gemeinsam mit den Klassenfeinden des Proletariats bilden, so lehnen wir sie rundweg ab. Auf dem Boden der sozialistischen Grundsätze allein ist sie möglich.“

## Die französischen Kammerwahlen.

Entscheidender Sieg Clemenceaus.

Von den bisher bekannten 206 Wahlergebnissen erhielten die Republikaner der Linken 54 (davon 30 neue), die Radikalen 23 (15), die Sozialistisch-Radikalen 35 (15), die sozialistischen Republikaner 9 (3), die unifizierten Sozialisten 15 (6), die Progressisten 31 (18), die Action liberale 25 (20), die Konservativen 14 (9). Die Radikalen gewinnen 13 und verlieren 6, die Sozialistisch-Radikalen gewinnen 4 und verlieren 38, die sozialistischen Republikaner gewinnen 8 und verlieren 6, die unifizierten Sozialisten gewinnen 3 und verlieren 19. Die Progressisten gewinnen 17, ebenso gewinnt die Action liberale 17, die